(Anhaltender Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Mit den Worten des Ministerpräsidenten ist die Aussprache geschlossen.

Wir stimmen als erstes über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/4487 ab. Wer möchte dem zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Enthaltungen brauche ich nicht mehr abzufragen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/4487**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Wir stimmen – zweitens – über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Drucksache 18/4358 ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/4358**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe auf:

2 Einsetzung einer Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ (EK Chancengleichheit)

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3865

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion als antragstellende Fraktion spricht als Erster ihr Fraktionsvorsitzender Herr Ott.

(Unruhe)

Jochen Ott[*)] (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meiner Zeit als Lehrer an der Gesamtschule Brühl lernte ich eine Schülerin kennen, die mit einer Förderschulempfehlung in die 5. Klasse kam. Sie meisterte mit dieser Empfehlung die Unter-, Mittel- und Oberstufe und erreichte im Zentralabitur einen Zweierschnitt.

Ein junger Mann mit dem Namen Uğur Şahin, heute bekannt als BioNTec-Gründer, wurde in der Türkei geboren.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident André Kuper: Herr Ott, darf ich Sie gerade unterbrechen? Es gibt ein hohes Störungslevel. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die herausgehen, das leise zu machen, damit wir der Rede folgen können.

Jochen Ott[*)] (SPD): Ich danke Ihnen. – Ich sprach von Uğur Şahin, BioNTech-Gründer, der in der Türkei geboren wurde und im Alter von vier Jahren mit seiner Mutter zu seinem Vater, der bei den Kölner Ford-Werken arbeitete, zog. In der Grundschule wurde die Empfehlung „Hauptschule“ ausgesprochen. Erst nach der Intervention eines Nachbarn, der den Jungen häufiger sah, wurde das ermöglicht. Er absolvierte 1984 das heutige Erich Kästner-Gymnasium in Köln-Niehl als erstes türkischstämmiges Gastarbeiterkind der Schule überhaupt mit dem Abitur. Wie die Geschichte weitergeht, brauche ich nicht zu erzählen.

Ich möchte – drittens – darauf hinweisen, dass in vielen wissenschaftlichen Studien – ob es die Max-vs.-Murat-Studie oder andere Studien sind – darauf hingewiesen wurde, dass Kinder mit ausländischen Wurzeln im Fach Deutsch von angehenden Lehrkräften schlechter benotet werden. Offensichtlich haben wir also auch hier – das ist der Verbindungspunkt zum vorangehenden Tagesordnungspunkt – ein Problem.

Warum sage ich das hier? Studien über die Bildungserfolge unserer Kinder wie die IGLU-Studie und die IQB-Bildungstrends zeigen uns deutlich: Viele Kinder erreichen die Mindeststandards in Lesen, Rechnen und Schreiben nicht.

Als wäre das nicht genug, zeigte auch der zuletzt vorgelegte nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2022“, dass Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen immer noch stärker vom Hintergrund des Elternhauses bzw. von der sozioökonomischen Herkunft abhängen, als wir uns das eigentlich wünschen würden. Das ist in den letzten Jahren durch die Pandemie noch verschärft worden. Ich finde dies beschämend.

Ich schäme mich aber nicht nur dafür, sondern es ist auch verheerend. Denn wir sprechen über die Zukunft unseres Landes. Bildung ist das A und O. Früher konnte über Bildung ein Aufstiegsversprechen gegeben werden, und viele konnten es nutzen. Heute ist klar, dass das vielen gar nicht mehr gelingt. Seit mindestens zwei Jahrzehnten ist jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen. Das darf nicht so bleiben.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen grundlegend an die Strukturen ran und das System überarbeiten. Dazu bedarf es nach Ansicht meiner Fraktion weiterer empirischer, wissenschaftlicher Erkenntnisse und einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen einer Enquetekommission. An dieser Stelle muss klar gesagt werden: Es geht hier nicht um die Frage eines Schulkonsenses. Den empfehlen wir Ihnen ja schon seit Längerem für die drängenden kurzfristigen Fragen, um über die Bildungsfinanzierung zu sprechen, die hier auch öfter unter dem Thema „New Deal“

eingebracht werden. Nein, im Gegensatz dazu ist das Ziel einer Enquetekommission, individuelle Disparitäten der Kinder bzw. Jugendlichen und deren Entwicklung im Verlauf der Bildungswege zu untersuchen.

Was heißt das? – Wir brauchen eine Untersuchung der strukturellen Gegebenheiten, der didaktischen, methodischen und materialbasierten Aufbereitung der Bildungsinhalte und der vielseitigen Möglichkeiten im physisch-präsenten sowie im digitalen Bereich. Deshalb müssen wir die Übergänge von der Kita zur Schule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule sowie dann den Übergang in die beruflich-akademische Phase in den Vordergrund stellen. Ziel wäre es, die jeweils erlangte Fähigkeit eines Kindes – sei es die Schulfähigkeit, die Studier- oder die Ausbildungsfähigkeit – zu betrachten, zu bewerten und langfristig zu entwickeln. Die Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ soll die Expertise aus Wissenschaft und Praxis zusammenbringen.

Schule muss neu gedacht werden. Wir brauchen ein gut aufgestelltes, chancengerechtes, funktionierendes Schulsystem, das auch noch alle verstehen können.

(Beifall von der SPD)

Eine solche Debatte muss man sorgfältig führen. Die muss man miteinander führen. Sie ist notwendig, weil Nordrhein-Westfalen ein solides Fundament für Chancengleichheit braucht, das individuelle Bildungsmöglichkeiten in jeder Form eröffnet und diese dann in gleichem Maße wertschätzend in den Blick nimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, insbesondere aller demokratischen Fraktionen in diesem Haus, mit der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ reichen wir Ihnen ein weiteres Mal die Hand zur Zusammenarbeit. Lassen Sie uns innehalten und die Zeit nutzen, um in den nächsten zwei Jahren der Arbeit der Enquetekommission dafür zu sorgen, dass die Kinder, die heute geboren werden, deutlich mehr Chancengleichheit haben als die Kinder, die vor Jahren geboren wurden. Das sind wir den Kindern schuldig, aber wir sind es auch der Zukunft unseres Landes schuldig. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ott. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Herr Grunwald.

Jonathan Grunwald (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Grundstein für Bildungserfolg und Teilhabe wird bereits vor dem ersten Schultag gelegt. Denn nichts ist für Schülerinnen und Schüler frustrierender und damit schädlicher, als vom Tag der Einschulung an hinterherzurennen. Die Folgen sind im schlimmsten Fall ein Unwohlsein beim Betreten der Schule, innere Migration, frustabladende Ausbrüche, Schulverweise und das Verlassen der Schule ohne Abschluss.

> „Frühkindliche Bildung schafft wichtige Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit, eine erfolgreiche Bildungsbiografie und ein Leben in Freiheit, Solidarität und Selbstbestimmung.“

Dieser Satz stammt nicht etwa aus dem dieser Debatte zu Grunde liegenden Antrag zur Einsetzung der Enquetekommission, nein, vielmehr haben ihn CDU und Grüne vor elf Monaten in den Zukunftsvertrag geschrieben und damit unterstrichen, dass Chancengerechtigkeit ein zentraler Baustein unserer Bildungspolitik ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es ist absolut unstrittig und wissenschaftlich hinreichend belegt, dass Bildungschancen in Deutschland nach wie vor zu sehr von der sozialen Herkunft der Kinder abhängen. Genauso ist es unstrittig, dass es sich dabei um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt, die nicht alleine von den Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen gelöst werden kann.

Diese Erkenntnisse sind jedoch keineswegs neu. In der Studie „Bildungsgerechtigkeit. Herausforderung für das deutsche Bildungssystem“ aus dem Jahr 2021 führen Christina Anger und Axel Plünnecke eine Reihe von Handlungsempfehlungen auf, die wir bei uns in Nordrhein-Westfalen bereits in konkretes Regierungshandeln überführt haben. Ein zentraler Baustein unserer Politik ist die Stärkung der Familienzentren. Nur wenn wir die Eltern gerade auch in den sozial benachteiligten Milieus mitnehmen, werden wir die Chancengerechtigkeit in der Bildung nachhaltig erhöhen. Wir haben daher bereits nach wenigen Monaten die Einrichtung von 150 weiteren Familienzentren beschlossen. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir reden nicht nur von Chancengerechtigkeit, wir lassen Taten folgen.

(Beifall von der CDU)

Unstrittig ist: Um die Stärken und Schwächen jeder Schülerin und jedes Schülers zu berücksichtigen, benötigen wir ausreichend Lehrkräfte. Mit dem Handlungskonzept von Dorothee Feller zur Unterrichtsversorgung und der Angleichung der Einstiegsbesoldung unserer Grundschul- und Sek.-I-Lehrer wollen und werden wir mehr junge Menschen für das Lehramt gewinnen.

Die letzten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends und der IGLU-Studie haben den Handlungsbedarf unterstrichen. Wenn rund ein Viertel aller Grundschüler in Deutschland die Mindeststandards in Deutsch und Mathe sowie bei der sozialemotionalen Entwicklung

nicht erfüllt und Ausbilder genauso wie Hochschullehrer gleichermaßen die Ausbildungsreife der Schulabsolventen bemängeln, dann müssen wir gerade bei den Basiskompetenzen nachlegen.

Mit der Erhöhung der verbindlichen Lesezeiten um zusätzliche 60 Minuten pro Woche und der Einführung der digitalen Lehranwendung „Leo“ zum kommenden Schuljahr stärken wir diese Schlüsselkompetenz bei uns in Nordrhein-Westfalen daher nachhaltig. Sie sehen: Wir reden nicht nur von Chancengerechtigkeit, wir lassen Taten sprechen.

(Beifall von der CDU)

In unseren Kindern liegt unsere Zukunft. Sie sind es, die die Ideen von morgen entwickeln, Geschäfte eröffnen und in unseren Unternehmen, in der Pflege oder an unseren Schulen arbeiten werden.

Im Jahr 2021 haben Bund und Länder insgesamt 252 Milliarden Euro in die Bildung investiert. Das sind 40 % mehr als noch im Jahr 2010. Noch nie floss so viel Geld in den Bildungsbereich, und noch nie wurden unsere Kinder so lange außerhalb des Elternhauses betreut und beschult. Trotz alledem haben sich die Lernergebnisse unserer Schüler in dem Zeitraum nicht verbessert. Der Ruf nach immer mehr Geld greift zu kurz.

Lassen Sie uns daher die Enquetekommission gemeinsam nutzen, um den Blick auch abseits des politischen Tagesgeschäfts zu schärfen und Fragen zu stellen: Kann ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr die Chancengerechtigkeit erhöhen? Inwiefern können KI-Technologien zur Bildungsteilhabe beitragen und einer zunehmend heterogenen Schülerschaft gerecht werden? Welche Auswirkungen haben Mentoring-Programme auf den Lernerfolg und die soziale Kompetenz gerade bei lernschwächeren Schülerinnen und Schülern? Oder: Wie gelingt es uns, die Begeisterung und intrinsische Motivation für Lernen und Wissen bei allen Schülerinnen und Schülern zu steigern?

Lassen Sie uns gemeinsam und mit wissenschaftlicher Begleitung Antworten auf diese Fragen finden und Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie wir der Individualität und Einzigartigkeit unserer Schülerinnen und Schüler noch stärker Rechnung tragen und sie noch unabhängiger von ihrer sozialen Herkunft fördern und fordern können und damit allen Kindern die Türen für ein selbstbestimmtes Leben aufreißen.

Ich freue mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion auf die vor uns liegende Arbeit in der Enquetekommission und wünsche uns allen konstruktive und sachliche Beratungen im Sinne unserer Kinder und im Sinne der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Grunwald. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Sonne.

Dennis Sonne (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Es gibt ein sehr bekanntes Zitat von John F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Dieses Zitat fasse ich hier und heute weiter, denn Chancenungleichheit im Bildungssystem ist etwas, was so teuer ist, dass wir es uns nicht leisten können. Damit meine ich nicht nur die finanziellen Kosten.

Liebe SPD, Sie haben in Ihrem Antrag ein Zitat des Deutschen Kinderhilfswerks aufgeführt, das in vielen Punkten genau so im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist: Alle Kinder, unabhängig von Herkunft, sozialem Hintergrund oder Behinderungen, sollen von guter Bildung profitieren. Dabei sollen Kinder an allen Schulen willkommen sein und zu ihrem bestmöglichen Abschluss begleitet werden.

Wenn man Schüler*innen – in diesem Fall aus einer siebten Klasse – fragt, was ihnen zum Stichwort „Bildungsgerechtigkeit“ einfällt, dann sind es die Schlagworte „Motivation“, „körperliche Probleme“, „psychische Probleme“ und „Intellekt“. Wenn man sie fragt, was man braucht, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, dann kommt dabei Folgendes heraus: „alle Leute einbinden“, „Bildung anpassen“ und „alle Kinder so annehmen, wie sie sind“.

Das ist zwar nur ein minimaler Einblick in die Gedankenwelt von Schüler*innen, doch man sieht, welche Gedanken im Vordergrund stehen: Annahme, Sichtbarkeit und Wertschätzung.

Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen sind noch immer von einer Bildungsschere und einem sozialen Ungleichgewicht geprägt, das wir als Industrieland uns in dieser Form nicht mehr leisten dürfen.

(Beifall von den GRÜNEN und Bianca Winkelmann [CDU])

Ein so wohlhabendes Industrieland wie unseres darf weder in der IGLU-Studie noch in der IQB-Studie so wie zuletzt abschneiden, doch trotzdem tun wir es.

(Dilek Engin [SPD]: Nein, das tun Sie nicht!)

Es ist so wichtig, dem auf den Grund zu gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir müssen den Blick hinter die Struktur unseres Schulsystems – den Bereich der frühkindlichen Bildung eingeschlossen – schärfen. Dasselbe gilt für die Struktur der Übergangssysteme. Segregation und Exklusion verhindern Chancengleichheit. Das

muss thematisiert werden, ebenso die Debatte über integrative Systeme. Wir kommen auch nicht darum herum, uns einer umfangreichen Debatte über frühe Selektionsentscheidungen in unserem gegliederten Bildungssystem zu stellen.

Wir sind uns unter den demokratischen Fraktion doch einig: Kinder und Jugendliche verdienen nicht nur die beste Bildung, einen guten Abschluss und eine gute Berufsausbildung auf allen Ebenen – und zwar unabhängig von dem Elternhaus, dem Wohnort oder ihrer Herkunftsgeschichte –, sondern auch einen Raum, in dem sie heranwachsen und aus dem sie stark, resilient und wertschätzend hervorgehen können.

Im OECD Better Life Index von 2022, bei dem Menschen von 25 bis 64 Jahren zu ihrem Wohlergehen und zu ihrer Lebensqualität befragt wurden, nimmt Deutschland im evaluierten Bildungsindex im Bereich „Bildungsniveau“ Platz 16 von 41 ein. Das klingt im ersten Moment gut – in Anführungsstrichen wohlgemerkt. Wenn man sich dann aber den Faktor der sozialen Ungerechtigkeit bzw. Ungleichheit anschaut, der eine wesentliche, abhängige Rolle in der Bildungsevaluierung spielt, dann erkennt man, dass Deutschland Platz 34 von 39 belegt. Und das muss man erst mal sacken lassen.

Das ist der Kern: Das Bildungsniveau liegt im oberen, aber die soziale Ungleichheit im absolut unteren Bereich. Das ist eine Herausforderung, die wir – genauso wie die oben genannten Strukturen und Prozesse – zielgerichtet und detailliert durchleuchten müssen. Die Tragfähigkeit der Enquetekommission muss deshalb am Ende ein Spotlight ergeben und nicht in Schattenspielen enden.

(Beifall von den GRÜNEN, Bianca Winkelmann [CDU] und Dr. Patricia Peill [CDU])

Beschäftigt man sich mit dem Thema „Chancengleichheit“, dann stellt man schnell fest, dass Chancengleichheit nur mit inklusiver Bildung gedacht werden kann. Einige Institutionen wie die Lebenshilfe haben wichtige Punkte zur inklusiven Bildung festgehalten. Ich zitiere, wenn es der Präsident gestattet:

„Die Aufgabe des Bildungssystems ist es, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Es muss auf die zunehmende Heterogenität reagieren, Vielfalt als Chance nutzen und allen Menschen bestmögliche Bildung ohne jede Form der Diskriminierung ermöglichen. […] Grundvoraussetzung, um sich zu einem inklusiven Bildungssystem weiterzuentwickeln, ist ein gleichberechtigter Zugang für alle zu inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Bildungsangeboten an Grund- und weiterführenden Schulen. Genau dazu verpflichtet uns die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 24 sowie das Diskriminierungsverbot in Artikel 5.“

Passend zum 74. Geburtstag des Grundgesetzes schreibt die Lebenshilfe: „Gleichheit aller Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit.“ Genau dieses inklusive Verständnis haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten: „Alle Kinder sind an allen Schulen willkommen.“

Wir haben dem Thema „Chancengerechtigkeit im Bildungssystem“ im Zukunftsvertrag ein komplettes Kapitel gewidmet. Trotzdem bleibt noch viel zu sagen und vor allem viel zu tun. Wir freuen uns daher auf die Diskussionen mit Ihnen in der Enquetekommission und stimmen dem Antrag selbstverständlich zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, Bianca Winkelmann [CDU], Dr. Patricia Peill [CDU] und Heinrich Frieling [CDU])

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Sonne. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns Freie Demokraten ist glasklar: Es kommt nicht darauf an, woher du kommst, sondern allein darauf, wohin du willst. – Genau das ist gelebte Chancengerechtigkeit. Ich bin sehr froh, dass wir uns hier erneut mit diesem Thema befassen.

Lassen Sie mich eines zu Anfang klarstellen: Diese Enquetekommission zur Chancengleichheit darf keine verkappte Schulstruktur-Enquetekommission werden. Dafür ist das Thema viel zu wichtig, viel zu übergreifend. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir einen Kompromiss, eine übergreifende Zusammenkunft finden würden, um über das Thema „Chancengerechtigkeit“ reden zu können, ohne wieder ideologische Schulstrukturdebatten eröffnen zu müssen.

Lassen Sie mich mit Blick auf die berufliche Bildung und die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler noch etwas sagen: Gerade im Hinblick auf Neuerungen wie ChatGPT werden wir auf Berufe setzen müssen, die nicht durch Technik ersetzt werden können, und die finden sich vor allem im Handwerk. Würden wir politisch definieren, dass unbedingt jeder einzelne Schüler, jeder einzelne Schülerin Abitur machen müsse, weil das die gesellschaftliche Forderung sei, würden wir einen großen Fehler begehen. Das Abitur ist nicht der sichere und nicht der einzige Weg zum Glück. Genau daran müssen wir als Gesellschaft insgesamt arbeiten und die mittleren Schulabschlüsse mit Blick auf die Zukunft dringend wieder stärken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Talente sind eben unterschiedlich, und wir dürfen nicht den Fehler machen, nur auf akademische

Talente zu schauen. Für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft werden wir vor allem die beruflichen Bildungstalente brauchen können, insbesondere aus Handwerk und Technik. Sie sind nicht weniger gut als akademische Talente.

Unabhängig davon, welche Talente jedes Kind mitbringt, ist es noch zu sehr davon abhängig, wo man aufwächst, welche finanziellen Möglichkeiten das Elternhaus hat, in welchem Stadtteil man lebt oder welchen Nachnamen man hat. Wir müssen dringend daran arbeiten, dass jedes Kind, jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen unabhängig von diesen Voraussetzungen – für die man nichts kann – seine Talente entfalten kann, dass sie entdeckt und gefördert werden, damit man sein Leben selbst in die Hand nehmen und selbstbestimmt leben kann.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode schon Maßnahmen für Chancengerechtigkeit in der schulischen Bildung auf den Weg gebracht, zum Beispiel die Talentschulen. Hier wurden Mittel nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern dort Unterstützung hingebracht, wo sie am meisten benötigt wird. Wir haben den schulscharfen Sozialindex auf den Weg gebracht, der dafür sorgt, dass Ressourcen gerecht verteilt werden, nämlich dorthin, wo sie am meisten gebraucht werden. Auch mit dem Masterplan Grundschule haben wir diese wichtige Schulform enorm gestärkt und zum Beispiel mit 3.000 sozialpädagogischen Fachkräften in der Schuleingangsphase für mehr gelebte Chancengerechtigkeit im schulischen Alltag gesorgt.

Es ist wichtig, zu erwähnen, dass auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat mit der Ampelkoalition jetzt ein Startchancenprogramm auf den Weg gebracht – eine Bildungsmilliarde, die auch nicht mit der Gießkanne verteilt wird, sondern mittels einer gezielten Förderung an diejenigen Schulen gebracht werden soll, an denen diese Förderung am meisten gebraucht wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie merken es mir an: Ich freue mich wirklich auf dieses Thema. Ich mache bei dieser Enquetekommission für mehr Bildungsgerechtigkeit gerne mit.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall von der SPD)

– Vielen Dank. – Ich glaube, dass wir für dieses wichtige Thema gemeinsam viel erreichen können. Ich freue mich auf die Arbeit mit Ihnen und euch. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Müller-Rech. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Clemens.

Carlo Clemens*) (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Mittlerweile verfehlt ein Viertel der Viertklässler das Mindestniveau bei den grundlegenden Lesefähigkeiten. Damit fehlt diesen jungen Menschen jede Grundlage für so ziemlich alle Schulfächer und damit das Fundament für einen erfolgreichen Werdegang. Berufs- und Aufstiegschancen können dadurch für immer verbaut werden.

Das selbst ernannte Bildungsland NRW darf sich solche Ergebnisse angesichts des drückenden Fachkräftemangels nicht leisten. Das Elternhaus ist der entscheidende Faktor dafür, mit welchen Startvoraussetzungen junge Menschen ihren Bildungsweg antreten. Die Tragweite dieses nicht neuen Befundes hat sich seit 2001, als die IGLU-Studie zum ersten Mal ihre Ergebnisse veröffentlichte, nicht verändert; im Gegenteil: Sie hat sich zunehmend vergrößert und verfestigt.

Deutschland gehört zu den Ländern, in denen der Einfluss der sozioökonomischen Herkunft besonders stark ausgeprägt ist. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Jedes fünfte Kind wächst mit nichtdeutscher Familiensprache auf. Beides überschneidet sich häufig. Das Zusammenwirken sozialer und migrationsbezogener Disparitäten führt dazu, dass nicht nur sprachliche Fähigkeiten bei der Einschulung stark auseinandergehen. Das betrifft auch das Sozialverhalten, Grob- und Feinmotorik, allgemein die sozialen und emotionalen Kompetenzen.

Wenn Kleinkindern regelmäßig vorgelesen wird, macht das etwas mit dem Sprachvermögen und dem Wortschatz des Kindes. Wenn sich die Eltern gewählt ausdrücken, am Esstisch viel diskutieren, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch die Kinder differenziert sprechen und schreiben.

Es fehlt oftmals nicht nur an Vorbildwirkung und altersgerechter Unterstützung, Eltern verstärken sogar oft noch die herkunftsbedingten Unterschiede. In der Bildungsforschung nennt sich das sekundärer Herkunftseffekt. Wenn die Eltern selber nicht auf dem Gymnasium waren, tendieren sie in der Übergangsphase zwischen Grundschule und weiterführender Schule aus verschiedenen Gründen dazu, die Fähigkeiten des eigenen Kindes zu unterschätzen und Aufstiegschancen zu übersehen. Bei Akademikereltern ist es genau umgekehrt: Dort entscheidet oft der Wunsch nach Statuserhalt. Das tatsächliche Potenzial des Arbeiter- oder des Akademikerkindes spielt beim Übergang zu oft eine nebensächliche Rolle.

Diese sozialen Faktoren werden durch die aktuelle Schulleiterumfrage „Schule im Brennpunkt 2023“ der

Wübben Bildungsstiftung zur Lage an Brennpunktschulen bestätigt. Die überwiegende Mehrheit der Schulleiter kommt zu dem Schluss, dass das deutsche Schulsystem auf die besonderen Bedürfnisse zahlreicher Kinder aus sozialen Brennpunkten nicht ausgerichtet sei. 80 % der Befragten sagen, dass die Lehrpläne und die gängigen Lehrwerke hinsichtlich Schwierigkeitsgrad und Umfang sowie thematisch für die Schüler nicht taugten. 70 % sagen, dass die räumliche und personelle Situation mangelhaft sei. Es fehlt an allen Ecken und Enden an qualifiziertem Fachpersonal.

Für Grundschüler aus diesen schwierigen Umständen sind Kitas und Grundschulen wohl die wichtigsten Orte, um soziale Ungleichheiten auszugleichen. Nicht zuletzt deshalb beantragte die AfD bereits im Februar nach dem Vorbild der Länder Hessen und Hamburg, unter Einbeziehung von Kindertagesstätten, Grundschulen und Eltern verpflichtende Vorlaufkurse für alle Kinder im Vorschulalter mit Deutschförderbedarf einzurichten und die hierfür notwendigen Änderungen im Schulgesetz vorzunehmen.

Für Grundschüler aus schwierigen Umständen ist sicherlich der Ganztag die ideale Lösung, um überhaupt erst die Chance auf eine geeignete Lernumgebung zu erhalten, Erfahrungshorizonte zu erweitern und Zukunftsperspektiven zu schaffen – oder manchmal auch nur, um der Dauerbeschallung durch TV und Spielekonsole zu entkommen.

Sie sehen: Angesichts der Realität wird man pragmatisch. Man sollte es zumindest werden. Wir sollten uns nicht wieder in Debatten um Schulstrukturen verrennen. Insofern umfasst dieser Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission wichtige Themenkomplexe der Zeit, auch wenn die Unterpunkte unter III. vermuten lassen, dass die ideologischen Scheuklappen bei der SPD aufgesetzt bleiben.

Aber Schule kann kein gesellschaftlicher Reparaturbetrieb sein. Bildungspolitik allein kann nicht die sozialen Probleme unserer Gesellschaft lösen. Wir sollten Bildungsthemen weder moralisch noch idealistisch oder sozialpolitisch überfrachten. Gerade im Sinne der Chancengerechtigkeit muss man kritische Stimmen aus Forschung und Praxis anhören, die darauf hinweisen, dass man in allzu heterogenen Lerngruppen weder den leistungsschwächeren noch den besonders leistungsstarken Schülern vollends gerecht werden kann.

Defizite werden unter diesen Voraussetzungen nur bedingt ausgeglichen. Statt das Selbstvertrauen zu stärken, werden benachteiligte Schüler mit Misserfolgserlebnissen konfrontiert und fühlen sich zurückgesetzt und abgehängt.

Pragmatismus erwarte ich auch bei der Anerkennung, dass unsere Schulen und Lehrkräfte an ihren Belastungsgrenzen angekommen sind. Das belegen sämtliche Untersuchungen zur Lehrergesundheit. Die übergeordnete Politik sollte sich endlich anschicken, Stress und Belastung nicht noch weiter zu erhöhen.

Bestimmt ist eine Enquetekommission der richtige Ort, um überfraktionelle Schnittmengen zur Unterstützung benachteiligter Schüler pragmatisch neu auszuloten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Herr Abgeordneter Clemens. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3865. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3865 angenommen**.

Wir kommen zu:

3 Novellierung der Justizwachtmeister-Ausbildung dringend erforderlich!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4349

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Dr. Pfeil das Wort.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Personalmangel und Nachwuchsgewinnung sind Probleme in allen Berufsgruppen. Wenn dann allerdings noch die Bezahlung schlecht ist, große Flexibilität bei den Arbeitszeiten erforderlich ist und kaum Aufstiegsmöglichkeiten bestehen, wird die Lage kritisch.

So sieht es leider aktuell bei den Justizwachtmeistern aus. Schon jetzt ist die Personalsituation schwierig. Bei größeren Prozessen muss teilweise schon Personal von anderen Gerichten in Nordrhein-Westfalen angefordert werden, um die erforderliche Sicherheit gewährleisten zu können.

In der Öffentlichkeit wird leider oft viel zu wenig wahrgenommen und unterschätzt, welch verantwortungsvolle Aufgabe Justizwachtmeister übernehmen. Sie bilden die Säule für eine funktionierende Justiz. Ohne sie wäre ein reibungsloser Ablauf bei Gericht nicht denkbar. Justizwachtmeister sorgen für Sicherheit von Terminen und Sitzungen, vollziehen sitzungs-